

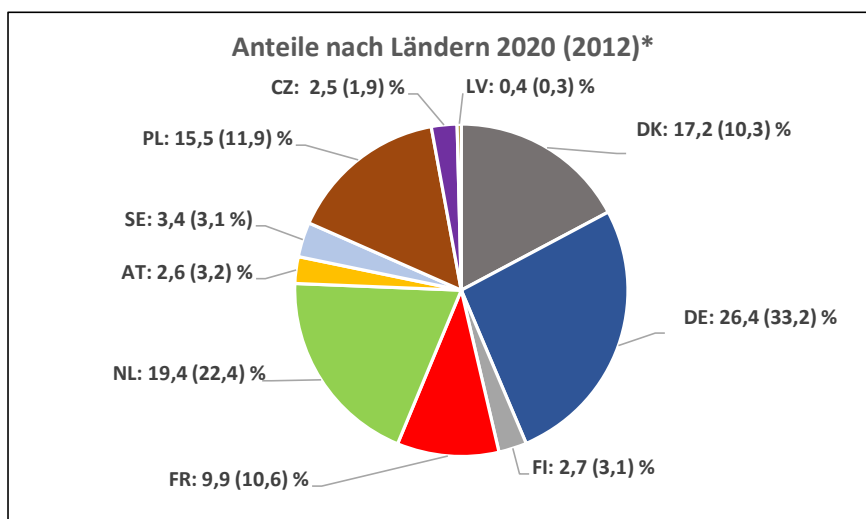
## Gekoppelte Prämien für Stärkekartoffeln verzerren Wettbewerb

Deutschland hat Marktanteile verloren

*Stärkekartoffeln können im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2013 in der EU mit gekoppelten Zahlungen direkt gefördert werden. Derzeit nutzen fünf EU-Mitglieder diese Option. Deutschland ist das einzige Land, das sich bislang gegen die Wiedereinführung produktbezogener Förderungen entschieden hatte. Das führt zu Nachteilen des deutschen Standortes.*

(04/2021) Die Erzeugung von Stärkekartoffeln und deren Verarbeitung zu Kartoffelstärke hat in Deutschland eine lange Tradition. Der wertvolle Industrierohstoff wächst im Rahmen des Vertragsanbaues auf jährlich rd. 61.000 Hektar. Das ist etwas mehr als ein Fünftel des gesamten Kartoffelareals. Mit einem Flächenanteil von einem Viertel belegt Deutschland im EU-Ranking den ersten Platz, vor den Niederlanden, Dänemark und Polen. Die Verarbeitung zu Stärke finden an acht Standorten sowie in den Niederlanden statt.

### Grafik 1: Anbau von Stärkekartoffeln in der EU



### Direkte Produktförderung in der EU möglich

Als ehemalige Marktordnungsfrucht gehören Stärkekartoffeln zu den Produkten, die im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2013 mit gekoppelten Stützungen direkt gefördert werden können. Dies darf aber nur dort erfolgen, wo es Schwierigkeiten gibt, um Wettbewerbsnachteile auszugleichen. Eine Ausdehnung der Produktion ist nicht erlaubt. Deshalb galt es, Referenzwerte festzulegen. Jeder EU-Mitgliedstaat kann selbst entscheiden, ob er dieses agrarpolitische Element nutzt und wofür. Deutschland hat sich als einziges Land gegen gekoppelte Zahlungen entschieden.

Zu den von Brüssel festgeschriebenen Kriterien gehört der maximale Prozentsatz am Gesamtvolumen der Direktzahlungen. Je nach Mitgliedsstaat sind dies aktuell 8 – 13 %. Mit Zustimmung der Kommission kann der Anteil auf über 13% angehoben werden und für Eiweiß-

pflanzen kommen weitere 2% hinzu. Vorgegeben ist auch die Produktpalette. Sie umfasst neben Stärkekartoffeln viele andere pflanzliche Produkte (z.B. Getreide, Ölsaaten, Eiweißpflanzen, Körnerleguminosen, Zuckerrüben, Hopfen, Saatgut, Obst und Gemüse) sowie tierische Erzeugnisse (Milch und Milchprodukte, Schaf- und Ziegenfleisch, Rindfleisch).

Über alle Produkte gerechnet summierte sich die Anzahl der EU-Maßnahmen für freiwillig gekoppelte Stützungen im Jahr 2020 auf 259, im Umfang von 4,24 Mrd. €. Das entspricht etwas mehr als einem Zehntel des EU-Budgets an Direktzahlungen. Mit 75% stellt der tierische Sektor den Löwenanteil. Auf Stärkekartoffeln entfielen fünf der insgesamt 259 Maßnahmen, mit insgesamt 17,62 Mio. €. Das sind „zwar nur“ 0,42% am Gesamtvolumen und mag auf den ersten Blick nicht sonderlich ins Gewicht fallen. Bei einem genaueren Blick hinter die Zahlen ergibt sich für den Kartoffelsektor aber ein ganz anderes Bild.

**Tabelle 1: Fakultativ gekoppelte Stützung für Stärkekartoffeln in der EU**

- Finale Umsetzung in den Ländern <sup>1)2)</sup>

Stand 24-02-2021

	Anspruchsjahr	Zahl der Begünstigten	Unterstützte Fläche ha	Beantragtes quantitatives Limit ha	unterstützte/ beantragte Hektar-Fläche %	Finaler Auszahlungsbetrag		Beantragter Auszahlungsbetrag		ausgezahlter/ beantragter Hektar-Betrag
						1.000 EUR	EUR/ha	1.000 EUR	EUR/ha	%
Tschechien	2015	257	4.826	4.378	110	3.053	633	3.148	719	88
	2016	279	5.205	4.378	119	3.095	595	3.148	719	83
	2017	303	5.882	4.378	134	3.066	521	3.148	719	72
	2018	303	5.851	4.378	134	3.042	520	3.148	719	72
	2019	281	5.722	4.378	131	3.055	534	3.148	719	74
Frankreich	2015	1.185	19.694	23.540	84	1.838	93	1.930	82	113
	2016	1.307	21.228	23.540	90	1.802	85	1.922	82	104
	2017	1.334	21.581	23.540	92	1.771	82	1.909	81	101
	2018	1.470	23.465	23.540	100	1.767	75	1.820	77	97
	2019	1.410	21.670	23.540	92	1.728	80	1.814	77	104
Lettland	2015	69	602	507	119	206	342	207	409	84
	2016	75	544	507	107	190	350	207	409	86
	2017	91	697	507	137	193	277	207	409	68
	2018	122	832	507	164	197	239	207	408	59
	2019	109	657	507	130	197	300	207	409	73
Polen	2015	4.349	26.254	23.000	114	8.502	324	8.664	377	86
	2016	4.556	28.973	23.000	126	8.627	298	8.707	379	79
	2017	4.570	31.999	23.000	139	8.521	266	8.749	380	70
	2018	4.436	33.077	23.000	144	8.107	245	8.749	380	64
	2019	4.222	33.723	23.000	147	8.424	250	8.749	380	66
Finnland	2015	416	6.468	6.720	96	3.624	560	3.700	551	102
	2016	409	6.332	6.720	94	3.627	573	3.700	551	104
	2017	407	6.550	6.720	97	3.636	555	3.700	551	101
	2018	403	6.640	6.720	99	3.627	546	3.700	551	99
	2019	399	6.744	6.720	100	3.623	537	3.700	551	98
<b>EU gesamt</b>	<b>2015</b>	<b>6.276</b>	<b>57.844</b>	<b>58.145</b>	<b>99</b>	<b>17.223</b>	<b>298</b>	<b>17.649</b>	<b>304</b>	<b>98</b>
	<b>2016</b>	<b>6.626</b>	<b>62.282</b>	<b>58.145</b>	<b>107</b>	<b>17.341</b>	<b>278</b>	<b>17.684</b>	<b>304</b>	<b>92</b>
	<b>2017</b>	<b>6.705</b>	<b>66.709</b>	<b>58.145</b>	<b>115</b>	<b>17.188</b>	<b>258</b>	<b>17.714</b>	<b>305</b>	<b>85</b>
	<b>2018</b>	<b>6.734</b>	<b>69.865</b>	<b>58.145</b>	<b>120</b>	<b>16.743</b>	<b>240</b>	<b>17.624</b>	<b>303</b>	<b>79</b>
	<b>2019</b>	<b>6.421</b>	<b>68.516</b>	<b>58.145</b>	<b>118</b>	<b>17.027</b>	<b>249</b>	<b>17.618</b>	<b>303</b>	<b>82</b>

1) Gemäß Art. 53 Absatz 6 der VO (EG) Nr. 1307/2013 Direktzahlungen sowie der Delegierten Verordnung (EU) 2016/141 im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik bis 2020.

2) finale Daten

Quelle: EU-Kommission

### Ein Drittel der EU-Fläche an Stärkekartoffeln gekoppelt

Allein im Jahr 2019 (finale Daten für 2020 liegen noch nicht vor) wurden insgesamt 68.516 ha Stärkekartoffeln direkt gefördert, d.h. fast ein Drittel der EU-weiten Anbaufläche von 219.281 ha. 6.421 Begünstigte in Polen, Finnland, Tschechien, Frankreich und Lettland erhielten im Mittel 249 €/ha (siehe Tabelle 1). Die mit 537 € höchste Hektarprämie wurde in

Finnland ausgezahlt, in Tschechien waren es 534 €. Die niedrigste gab es mit 80 €/ha in Frankreich. Seit 2015 summiert sich der Stützungsbetrag auf mehr als 85,5 Mio. €.

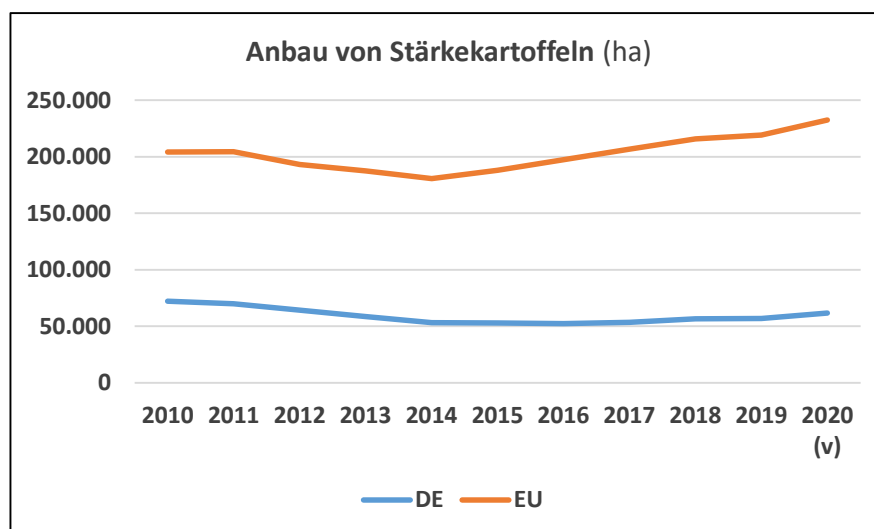
Da der zur Direktförderung erlaubte Finanzbetrag gedeckelt ist, muss die Prämie pro Hektar entsprechend gekürzt werden, wenn die Referenzfläche überschritten worden ist. Zu diesen massiven Überschreitungen und damit zur Missachtung des Kriterienkataloges kommt es seit Jahren in drei Ländern. So hatte etwa Polen ein quantitatives Limit von 23.000 ha gemeldet, tatsächlich gefördert wurden 2019 aber 33.723 ha. Für Tschechien sind es 4.378 ha bzw. 5.722 ha. Unter dem Einfluss der lukrativen Sonderförderung kam es in den drei osteuropäischen Ländern zu einer deutlichen Ausdehnung der Anbaufläche. In Frankreich und Finnland konnte das Areal wenigstens stabil gehalten werden.

Der Anteil der direkt geförderten Stärkekartoffelfläche am EU-Gesamtareal beträgt inzwischen über 30%. In den ersten zwei Jahren nach dem Ende der Marktordnung 2012 wurden spezifische Zahlungen nur für 5% der Produktion (bezogen auf die ehemalige EU-Quote von 1,95 Mio. t Kartoffelstärke) gewährt. Sondermaßnahmen nutzten damals Finnland, Lettland und Tschechien. 2014 kam dann Frankreich mit 6,8 Mio. € bzw. 350 €/ha hinzu, so dass sich das gekoppelte Marktvolumen auf 20% erhöhte. Ab 2015 stieg Polen umfangreich ein.

#### Marktbereinigung maßgeblich zu Lasten des deutschen Standortes.

Für die, mit dem Ende der Stärkemarktordnung prognostizierte Marktbereinigung sorgte maßgeblich Deutschland (siehe Grafik 2). Die Anbaufläche erreichte 2016 mit 52.125 ha ihren Tiefpunkt, das waren gut 12.000 ha oder 8% weniger als 2012. Andernorts (NL, DK, AT, SE) konnte das Produktionsniveau mit Unterstützung der damals als Top-ups an die aktiven Stärkekartoffelanbauer gewährten Ausgleichszahlungen in den Umbruchjahren zumindest stabil gehalten werden. Hiesige Landwirte kamen durch den nationalen Sonderweg bei der Entkopplung nur 2012 in den Genuss dieser Sonderprämie. Das auch für 2013 dafür bereitgehaltene, dem Kartoffelstärkebereich zuzurechnende Prämienvolumen, wurde in die nationale Umverteilung gegeben. Der Liquiditätsnachteil der deutschen Stärkekartoffelerzeuger gegenüber europäischen Wettbewerbern betrug über viele Jahre mehrere hundert Euro pro Hektar und Jahr.

#### **Grafik 2: Anbaufläche von Stärkekartoffeln in Deutschland im Vergleich zur EU**



v = vorläufig.

Quelle: BVS/CESPU

#### Hiesige Branche mehr als enttäuscht

Die hiesigen Akteure fühlen sich daher massiv benachteiligt und von der Politik im Stich gelassen. Zwar wird der von der Bundesregierung sowie vom Berufsstand proklamierte Weg, die Produktion nachfragegerecht auszurichten, um Marktüberschüssen vorzubeugen, als der

richtige angesehen. Fair und nachvollziehbar ist zudem, dass Regionen mit Wettbewerbsnachteilen (wie es sie klimatisch bedingt etwa in Finnland gibt) bemüht sind, diese auszugleichen. Sonst sehen sie jedoch keine Rechtfertigung für die Inanspruchnahme einer gekoppelten Stützung für Stärkekartoffeln, erst recht nicht über die bereits eingeräumte Übergangsphase von nun bereits mehr als fünf Jahren hinaus. Sehr verärgert ist man in Deutschland vor allem über die „zu lasche Auslegung“ der Mindestkriterien.

Die Forderungen, gekoppelte Zahlungen zu stoppen, kommen massiv auch aus anderen Produktbereichen (Zuckerrüben, Schaf- und Ziegenhaltung), zumal das wettbewerbsverzerrende Instrument auch mit der neuen GAP-Reform ab 2023 nicht abgeschafft werden soll. Zwar ist bislang noch unklar, welche EU-Staaten welche Produkte wie über diesen Weg direkt unterstützen werden. Bisherige Rückmeldungen lassen jedoch vermuten, dass dieses agrarpolitische Steuerungsinstrument in sämtlichen Bereichen noch stärker genutzt wird als jetzt. Denkbar sind etwa auch umfangreichere Maßnahmen von EU-Mitgliedern bei Speise- und Pflanzkartoffeln. Bereits heute sind hier einige osteuropäische Länder aktiv.

Deutschland will von seiner strikten Linie nun doch abweichen. Ab 2023 sollen gekoppelte Tierprämien eingeführt werden, um Schaf- und Ziegenhalter sowie reine Mutterkuhhalter (ohne weitere Milchviehhaltung im Betrieb) zu unterstützen, so die Positionierung der Agrarminister anlässlich ihrer Konferenz Ende März 2021. Dafür verwendet werden sollen zwei Prozent der Direktzahlungen.

Den hiesigen Stärkekartoffelerzeugern bleibt somit nur die Hoffnung, dass Brüssel bei der Genehmigung und Umsetzung der Maßnahmen künftig genauer hinschaut, um die Wettbewerbsnachteile für den deutschen Standort so gering wie möglich zu halten.

\*\*\*\*